

Projekt «Steuerschulden halbieren»

Basel-Stadt will das Zahlen von Steuern anders organisieren

Text: Agnes Würsch Bildkonzept: Formsache, Basel Fotografie: Dominik Labhardt, Basel

Ist von Überschuldung die Rede, denken viele an Jugendliche, die ihre Ausgaben nicht im Griff haben, und an Personen, die Konsumkredite aufnehmen. In der Schweiz hat das Hauptproblem bei privater Verschuldung aber einen andern Namen: **Steuerschulden**. Das von der Basler Budget- und Schuldenberatungsstelle Plusminus entwickelte Projekt «Steuerschulden halbieren» will das Zahlen von Steuern nun anders organisieren.

Jeder zehnte Schweizer Haushalt kann seine Steuerrechnung nicht begleichen. Dies ist nicht nur ein Problem für Bund und Kantone. Zehntausende von Steuerpflichtigen stehen aufgrund ihrer Verschuldung unter grossem Druck: Wegen Einträgen im Betreibungsregister finden sie keine Wohnung, ihre Kinder wachsen am Existenzminimum auf, und oft gehen mit dieser Stresssituation auch gesundheitliche Probleme einher. Dagegen will die Basler Budget- und Schuldenberatungsstelle Plusminus etwas unternehmen: Gemeinsam mit dem Basler Grossrat

Ruedi Rechsteiner hat sie die Idee des *automatisierten freiwilligen Direktabzugs der Steuern vom Lohn* entwickelt (siehe Kasten Seite 8).

Erkenntnisse aus der Verhaltensökonomie
Erkenntnisse der Verhaltensökonomie (siehe Kasten) zeigen, dass sich Menschen verschieden entscheiden, je nachdem, auf welche Art man ihnen etwas anbietet. In Ländern ohne obligatorische Pensionskasse kümmern sich viele Angestellte nicht um ihre Altersvorsorge. Die Beitritts-papiere bleiben liegen und finden den Weg zur Kasse nicht. Treten Angestellte aber bei Stellenantritt automatisch einer Pensionskasse bei und müssten sich bei Nicht-

bedarf aktiv abmelden, sind viel mehr ArbeitnehmerInnen altersversichert. Das hat immense Konsequenzen für ihre Lebensqualität im Alter.

Die Erkenntnis: Ganz wichtig für das Verhalten von Menschen ist, was ihnen als Standardvariante vorgegeben wird.

Was hat das Organspenden mit den Steuern zu tun?

Am Beispiel der Organspende zeigt sich ebenfalls eindrücklich, wie entscheidend die vorgegebene Standardvariante ist: In einigen Ländern müssen Personen, die ihre Organe nach dem Tod spenden wollen, eine entsprechende schriftliche Erklärung abgeben. So etwa in Deutschland

Kurz erklärt

Verhaltensökonomie

Die Verhaltensökonomie ist ein Teilgebiet der Wirtschaftswissenschaft. Sie beschäftigt sich mit menschlichem Verhalten in wirtschaftlichen Situationen. Dabei werden Konstellationen untersucht, in denen Menschen im Widerspruch zur Modell-Annahme des Homo oeconomicus, also des rationalen Nutzenmaximierers, agieren.

Die klassische Ökonomie behauptet, der Mensch

- handle grenzenlos rational;
- sei immer auf seinen eigenen Vorteil bedacht;
- verfüge über grenzenlose Willenskraft.

Die Verhaltensökonomie hingegen geht davon aus, dass Menschen

- beschränkt rational handeln;
- kurzfristigen Versuchungen nur begrenzt widerstehen können;
- Gerechtigkeit und Fairness oft als wichtige Güter erachten;
- dazu neigen, im Status quo zu verharren, also nichts zu ändern.



Aus dem Jahresbericht 2013 der Basler Budget- und Schuldenberatungsstelle Plusminus.

oder in der Schweiz (Opt-in-Option). Österreich kennt das umgekehrte System: Wer nicht will, dass die eigenen Organe für wissenschaftliche Zwecke oder Transplantationen verwendet werden, muss eine entsprechende Erklärung unterzeichnen (Opt-out). In Österreich sind 98 Prozent der BürgerInnen als potenzielle OrganspenderInnen registriert, in Deutschland sind es 12 Prozent¹.

Diese Zahlen sind deutlich. Es ist nicht anzunehmen, dass die grundsätzliche Haltung gegenüber Organspenden in den beiden Ländern derart verschieden ist. Die Zahlen sind also nur deshalb so unterschiedlich, weil die Systeme unterschiedlich organisiert sind, weil die Standardvarianten anders definiert sind.

Es geht nicht ums Ob, sondern nur ums Wie

Diese Erkenntnis kann man auch auf Steuern zahlen anwenden. Anders als beim Organspenden ist hier nicht die Frage, ob Sie etwas tun oder nicht tun wollen. Denn Sie entscheiden nicht, ob Sie Steuern zahlen möchten. Sie sind verpflichtet zu zahlen, und wenn Sie das nicht tun, bekommen Sie Ärger, Sie werden bestraft und gepfändet. Es geht hier ausschliesslich darum, wie Sie Steuern zahlen, um den Zahlungsmodus.

Warum, glauben Sie, zahlt man in der Schweiz die Miete nicht einmal jährlich? Statt 12-mal 2000 Franken zu überweisen, könnte man doch einmal im Jahr 24000 Franken zahlen – man muss sich das Geld ja nur einteilen, man weiss ja, dass diese Zahlung fällig wird. Kein Problem für einen rationalen und strukturiert vorausschauenden Menschen. VermieterInnen würden sich auf diesen Zahlungsmodus nicht einlassen. Denn sie wissen, dass die Mietausstände viel höher wären. Nicht weil die MieterInnen insgesamt weniger Geld zur Verfügung hätten, nein, einzig aufgrund des Zahlungsmodus. Denn regelmässige kleine Zahlungen sind viel einfacher zu handhaben als eine grosse.

Agnes Würsch

ist Verantwortliche Prävention bei der Budget- und Schuldenberatung Plusminus in Basel und Vorstandsmitglied des Dachverbands Schuldenberatung Schweiz.



Ein System, das Schulden begünstigt

Was VermieterInnen nicht tun, tut der Schweizer Staat, indem er einmal jährlich die Steuergelder einfordert. Mit diesem Zahlungsmodus hat er eine Standardvariante geschaffen, die Ausstände fördert: In der Schweiz hat mehr als jeder zehnte Haushalt Steuerschulden. Das ist enorm viel. Unter den betroffenen Haushalten sind auch viele mit durchaus anständigem Einkommen. Die Schweiz leistet sich ein Steuerbezugssystem, das ineffizient ist und einen immensen Mahn- und Betreuungsaufwand erfordert – 20 bis 25 Prozent aller Betreibungen erfolgen wegen Steuern.

Was tun?

Die Lösung für dieses Problem ist der automatisierte freiwillige Direktabzug der Steuern.

Automatisiert heisst: Wenn Sie nichts unternehmen, überweist Ihr Arbeitgeber, Ihre Arbeitgeberin einen Teil Ihres Lohns direkt an die Steuerverwaltung auf Ihr persönliches Referenzkonto. Rechtlich ist das eine Vorauszahlung, keine Quellensteuer.

Freiwillig heisst: Es handelt sich nicht um ein neues Obligatorium, sondern um eine neue Standardvariante. Wenn Sie diese ändern möchten bzw. die jetzige Variante der nachträglichen Einmalzahlung beibe-

halten möchten, können Sie dies jederzeit tun. Die Höhe der Steuern bleibt gleich.

Der automatisierte freiwillige Direktabzug ist ein einfaches, effizientes System, das statt Schulden eine verzinste Vorauszahlung begünstigt. Das System ist praktisch für alle, denn es hat auch zur Folge, dass das Geld auf Ihrem Lohnkonto Ihnen auch tatsächlich gehört. So wie die Steuerzahlung heute organisiert ist, gehört ein Teil des auf Ihrem Lohnkonto deponierten Geldes in Wirklichkeit gar nicht Ihnen.

Der Aufwand wird entschädigt

Was für Angestellte freiwillig ist, ist für Arbeitgebende eine Verpflichtung. Sie müssen den automatisierten freiwilligen Direktabzug anbieten. Für diesen Aufwand werden sie vom Staat entschädigt, wie es bereits bei der Überweisung der Quellensteuer geschieht. Da in Basel-Stadt jede dritte erwerbstätige Person quellenbesteuert wird, kennen sich die allermeisten Firmen mit Steuer-Direktüberweisungen aus. Von diesen Erfahrungen können sie auch bei einem Direktabzug für andere Angestellte Gebrauch machen.

Und die Selbstverantwortung?

Immer wieder wird diskutiert, warum Steuerpflichtige ihre Zahlungen nicht selber monatlich vornehmen, mittels eines Dauerauftrags über die Bank. Schliesslich

Basel-Stadt geht voran

Automatisierter Freiwilliger Direktabzug

Im Kanton Basel-Stadt hat der Grosse Rat im Oktober 2015 eine Motion «betreffend Automatisierter Freiwilliger Direktabzug der direkten Steuern vom Lohn»² an die Regierung überwiesen. Eingereicht hatte sie der Basler SP-Grossrat und alt Nationalrat Ruedi Rechsteiner. Die Regierung hat nun drei Jahre Zeit, ein Modell auszuarbeiten, wie der Direktabzug umgesetzt werden kann.

Die Überweisung klappte erst im zweiten Anlauf. Im Juni 2015 war die Motion erstmals im Basler Grossen Rat traktandiert gewesen. Eineinhalb Stunden wurde sie engagiert diskutiert. Wie das Regionaljournal Basel berichtete, führte die bürgerlich-liberale Seite wegen des Vorschlags eine «staatsphilosophische Grundsatzdebatte». LDP-Grossrat Conradin Cramer legte dar, dass es zur Würde des Citoyens gehöre, Steuern zu bezahlen. Luca Urgese von der FDP wies darauf hin, dass der Staat viel Geld koste. Deshalb sei es richtig, wenn der Bürger effektiv spüre, was eine Mehrheit «hier drin» (d. h. im Parlament) wieder beschlossen habe, indem er in sein Portemonnaie greifen müsse.

Derart ideologische Argumente zielten am Problem vorbei, erwiderte darauf Ruedi Rechsteiner: «Wir haben 10 000–20 000 Menschen in diesem

kleinen Kanton, die pro Jahr eine Steuerbetreuung erhalten. Ich finde dieses System krank.» Er führte aus, dass es darum gehe, ein Problem zu lösen: «Wir wollen, dass Personen, die nicht so vorausschauend strukturiert sind, nicht in eine Steuerschuld rasseln, sondern in eine verzinste Steuervorauszahlung.» Und dabei gehe es nur um den Zahlungsmodus: regelmässig kleine Beträge zu überweisen statt einmal im Jahr eine Riesenrechnung. Rechsteiner überzeugte seine MiträtlInnen, und die Motion wurde mit 50 zu 40 Stimmen überwiesen.

Im September allerdings wies die Basler Regierung den Vorstoss zurück an den Grossen Rat. Sie befand, ein freiwilliger Lohnabzug habe «auf die Verschuldung nicht den geringsten Einfluss» und sei «wirkunglos». Sie schlug vor, «allenfalls einen Wechsel vom heutigen Postnumerandobezug zum obligatorischen Pränumerandobezug»³ zu prüfen. Der Grosse Rat hielt aber an seiner Meinung fest und votierte ein zweites Mal für den Automatisierten Freiwilligen Direktabzug der Steuern vom Lohn.

Informationen zur Motion, zur Debatte im Grossen Rat sowie Medienberichte finden Sie unter www.schulden.ch/steuerschulden.

sei doch jede und jeder selber verantwortlich für die Überweisung, und es gehe doch nicht an, dass 90 Prozent der Bevölkerung ihre Gewohnheiten ändern müssten, nur weil 10 Prozent ihre Finanzen nicht im Griff hätten.

Als Ursache des Problems wird hier die finanzielle Inkompetenz Einzelner geortet. Daraus folgt dann eine Präventions- und Informationsstrategie pädagogischer Art: Die Steuerpflichtigen müssten dazu erzogen werden, monatliche Akontozahlungen im laufenden Steuerjahr zu leisten.

Alle Personen, die sich mit Steuerschulden beschäftigen, finden das eine gute Idee. Viele Schuldenberatungsstellen, soziale Institutionen und Schulen führen Workshops durch, um die Finanzkompetenz Jugendlicher, junger Erwachsener und anderer Gruppen zu stärken.

Nach über zehn Jahren Erfahrung mit solchen Schulungen und Inputs stellt die Budget- und Schuldenberatungsstelle Plusminus fest: Diese Strategie hat die Steuerverschuldung nicht verringert,

höchstens die Zunahme verlangsamt. Tatsache ist, dass über 350 000 Haushalte in der Schweiz Steuerschulden haben – trotz aller Präventions- und Informationsprogramme.

Deshalb ist es notwendig, zusätzlich zur Stärkung der Finanzkompetenz Einzelner auch die strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, um Steuerschulden endlich zu verringern!

Fussnoten

- 1 Quelle: Richard Thaler und Cass R. Sunstein: Nudge, Econ-Verlag 2009
- 2 Die Motion im Wortlaut: http://schulden.ch/mm/15-5219-01Motion_freiwilliger_Direktabzug_Steuern_vom_Lohn.pdf
Informationen zu Steuerschulden und zur Motion: www.schulden.ch/steuerschulden
- 3 Das heisst, ein Wechsel von Vergangenheits- zu Gegenwartsbesteuerung. Dieses System haben alle Kantone ausser Basel-Stadt. In andern Kantonen ist Steuerverschuldung ebenfalls das Schuldenproblem Nummer 1. Deshalb führt dieser Vorschlag der Regierung kaum zu einer deutlichen Verringerung der Verschuldung.



Aus dem Jahresbericht 2013 der Basler Budget- und Schuldenberatungsstelle Plusminus.

INSERAT

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

zhaw

Soziale Arbeit
Weiterbildung

Wer sich selbst
entfaltet,
kann auch an-
dere beflügeln.

Neu: CAS
Kinder und ihre
Lebenswelten

Kita, Schule, Quartier, Stadt

Der CAS fokussiert auf die Alltagswelten von Kindern – und nimmt dabei deren Perspektive ein. Wie können Qualität und Gestaltungspotenzial dieser Lebenswelten erforscht und in die Praxis eingebracht werden? Die Teilnehmenden lernen, in konkreten Praxisfeldern die Sicht der Kinder einzubringen und multidisziplinäre Perspektiven zu erarbeiten, um Entwicklungs(zeit)räume für Kinder zu schaffen.

Der CAS wurde in Zusammenarbeit mit dem Marie Meierhofer Institut für das Kind (MMI) entwickelt und startet am 31. August 2016.

www.zhaw.ch/sozialarbeit

Infoabend
6. April 2016

Zürcher Fachhochschule